

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Klammern pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Telegraphisch-Anschluß Nr. 30.

Postfach-Nr. 10.

Frankfurt a. Main Nr. 7839.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 12.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,52 Mark.

Nr. 12.

Braubach a. Rhein, Dienstag, den 15. Januar 1918.

28. Jahrgang.

Phrasen und Tatsachen.

Wochen und Monate hindurch hat man eine ordentliche Band vermischt. Der Zwiepsalt der Meinungen, der Streit um Personen, der Hader um die richtige Abfindung der Zukunft des Deutschen Reiches verirrte immer wieder unsere politische Front.

Daher alles wieder für die Spanne einiger Tage geschlossen ausrichtete und zusammenband, wenn Hindenburg Bug um Bug die neuen Grobheiten draußen an den Fronten in der schlichten Eindringlichkeit seines Heeresberichts funden konnte, oder wenn große gesetzgeberische Aktionen zur Befriedigung liefen, das konnte nicht darüber hinweggehen lassen, daß die anderen Gegenseite sich verteilten. Die Form der Wortkämpfe wurde stetig und gereizt, die Chronologie bitter und ausschweifend. Auch bei dieser Entwicklung wurden die Stimmen der Besonnenen nicht müde, die Spitzen umzubiegen und zur Forderung der Stunde zu rufen. Die steigend sich offenbarende Hoffungslosigkeit dieser Wägen konnte dazu ebenso wenig ermutigen wie die Gefahr, sich zu den Grundlosigkeiten und Verschuldungshorizonten geworfen zu sehen. Dennoch hat man wieder und wieder in Ruhe und ausgleichendem Sinne das Bestreben unterstellt, die verwirrten Fäden tunlichst aufzuklären. Eine dankbare Aufgabe war es zu keiner Stunde, aber die vaterländische Forberung mußte viel zu gebieterisch vor Augen stehen, als daß die Hand hätte erlahmen dürfen, die die Feder führte, um die Notwendigkeit zu betonen, daß das Wohl des Reiches die Annäherung der Geister verlangt. „Du mußt es dreimal sagen!“ Dreimal und hundertmal! Ja doch, das abfällige Echo blieb solchen Gedankenengängen nicht erspart; nur der Tonfall ist neutral! Aber das ist etwas angetrocknetes Geschick aus der Kalkulation der Partei, gesamt, das wir uns im Frieden leisten konnten. Unlang genug hat es so schon all die Jahre der Anarchie und aus dem durchaus wünschenswerten und unentbehrlichen Kreuzen der Klingen zwischen rechts und links nur allzu oft eine regellose Klapferei gemacht. Die Stunde von heute ist zu ernst und schicksalsschwer für solchen Rückfall.

Da lassen die Geschehnisse dieser Woche nun ein freundlicheres Licht über unsere politische Dramatik gleiten. Wir wollen der Schicksalstafel nichts schuldig bleiben, wenn wir dieses feststellen und begreifen. Das Hauptbedenken des Briten und des Amerikaners, die rasche Aufrichtung der deutschen diplomatischen Arbeit in der Verhandlungstisch, hat das Gesicht der öffentlichen Meinung gewandelt. Aus dem Munde der bisherigen schroffen Gegner der deutschen diplomatischen Arbeit in der Welt-Vitumst fallen Worte der Anerkennung, daß ein kraftvoller Kurs den Wagen im richtigen Gleise halte, daß unter Auftreten des Reiches und seines Siegeswillens würdig sei. Das Verdienst dieser Wendung gebührt den Tatsachen, aber es sei auch nach der parteitaktischen Seite nicht verfeinert. Noch weniger aber bleibe unbeachtet, daß der Hauptausfluß des Deutschen Reiches, das in weiser Beschränkung, die er vaterländisch liebt, die dringenden Erwartungen erfüllt hat, ohne seinen Rechten etwas zu vergeben, die er damit im Gegenteil noch verstärkt zur Auswirkung bringen kann und wird. Die Tatsachen haben im Rebell der Chronologie mit ihrer zerteilenden Wirkung eingeleitet. Nur eine kühnliche Realität könnte in den Fehler verfallen, die

Stimmungswende als eine Bürgschaft dafür anzusehen, daß nun alles schön und gut werde und zum einträchtigen Nebeneinander der Brüder ehelebens führen werde. Das Wären und Ringen wird weitergehen, aber wohl dem Reiche, wenn sich das Rüstzeug im Kampfe um Überzeugungen und Schätzungen künftig ausschließlich nicht in den Lebensinteressen des Volkes. Dafür eröffnet die Lage am Wochenanfang insofern freundlichen Ausblick, als die Tatsachen, deren sich hoffentlich neue von gleicher Richtung im weiteren Fortgang der Entwicklung anreihen, es, wie gezeigt, in sich haben, den Abstand der gegnerischen Parteien zu verringern.

Zugangeln gedachten die Lord George und Wilson hinter Dresh-Vitumst zu legen, wir zeichnen das Geistes und von der Nebenwirkung diplomatischer Manöverarbeit werden die Feinspinner vielleicht wenig erbaut sein. Nicht nur die Neutralen, sondern auch ihre eigenen Völker dürften auf den verhängnisvollen Gedanken kommen, daß die Ablehnung des Dresh-Vitumst eine Politik der verpackten Gelegenheiten ist. Wer in die eine Hand wölft und in die andere Hand steckt, hat in der einen Hand wie in der anderen.

Das preussische Wahlrecht im Ausschuss.

in Berlin, 11. Januar.

Die vom preussischen Abgeordnetenhaus zur Beratung der drei Vorlagen über das Landtagswahlrecht, die Zusammenfassung des Herrenhauses und über die Abänderung der Wahlrechte der beiden Häuser eingesetzte Kommission begann heute ihre Verhandlungen. Von der Staatsregierung sind der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Minister des Innern Dr. Dries, der Finanzminister Derg und der Justizminister Dr. Spahn sowie zahlreiche Kommissare erschienen. Der Ausschuss beschloß, die Vorlagen zwei Besungen zu unterwerfen. Es beginnt zunächst eine

allgemeine Besprechung.

Der Vorsitzende unterzucht historisch und kritisch den Werdegang des preussischen Landtagswahlrechts. Er legte die Hauptunterschiede der Vorlagen gegenüber dem jetzigen Zustand dar. Seine Betrachtungen über das Verhältnis des Landtagswahlrechts zum Reichstagswahlrecht führten ihn zu dem Schluss, daß die Frage des Wahlrechts in seinem Zusammenhang mit der Regierungsform stehe. Sei doch z. B. in den Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck ein gleiches Wahlrecht unbekannt, während es in süddeutschen Monarchien besteht. Abgesehen von den Vereinigten Staaten von Amerika sei der Einfluß der zweiten Kammer überall weit härter als der der ersten Kammer.

Die Frage des Mantelgesetzes.

Als erster Redner sprach ein Vertreter der konservativen Partei. Er richtete die Frage an die Staatsregierung, weshalb sie nicht die drei Vorlagen in einen organischen Zusammenhang gebracht habe. Wenn die Volksvertretung auch in zwei Kammern zerfalle, so sei sie doch eine einheitliche, und deshalb müßten die Vorlagen durch ein Mantelgesetz verbunden werden. Nur nach genauer Prüfung der Wirkung der Wahlreform auf das Herrenhaus und auf das gesamte Staatsleben könnte die konservative Partei zu einem bestimmten Entschluß kommen.

Der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte darauf, daß die Regierung den Standpunkt der konservativen Redner insofern teile, daß auch sie die drei Vorlagen als ein organisches Ganzes betrachte. Die Staatsregierung würde kaum dem einen Gesetz zustimmen geneigt sein, wenn nicht auch über die anderen eine Einigung erzielt

ist. Gewiß brauche Preußen ein Zweikammernsystem, wenn der Ausschuss eine engere Verbindung der drei Vorlagen wünschen sollte, so würde die Regierung dem nicht entgegenstehen; es sei aber nicht unbedingt notwendig, dies durch ein sogenanntes Mantelgesetz herbeizuführen, sondern es würde die Bestimmung genügen, daß das eine Gesetz ohne die anderen nicht in Kraft treten könne.

Auch das Zentrum will die Beratungen abwarten, ehe es endgültig Stellung nimmt. Fortschrittler und Sozialdemokraten treten unbedingt für das gleiche Wahlrecht ein. Die Konservativen befürchten darum eine Massenbewegung wie im alten Reich.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erwidert darauf, die Vorlage liege auf das Vertrauen zur Arbeiterbewegung aufgebaut, die man nicht mit einer Schlamme wie im alten Reich vergleichen könne.

Die Freikonservativen fragten, ob der Landtagswahlreform auch eine Reform des Gemeindevahlrechts folgen solle. Der Minister des Innern Dr. Dries erwiderte, solche Reformen müßten folgen, obwohl dabei das gleiche Wahlrecht nicht bedingt sei, denn mehr wie im Staat komme bei der Gemeinde Verwaltung und Gegenleistung in Frage.

Aus dem Gerichtssaal.

3 Hohe Geldstrafen. Im Volmer Straßengericht verurteilte den Rittgutsbesitzer Josef von Gaspard-Wolke wegen Vergehens gegen die Verleumdungsordnung zu 10 000 Mark Geldstrafe. — Die Strafkammer in Braubach verurteilte die Kaufleute Dumont und Fintel wegen Falschens mit Geld, den ersteren zu 2000, den letzteren zu 12 000 Mark Strafe.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Höchstmaße für Schuhwerk. Zur Erparnis von Schuhmaterial hat nach einer sofort in Kraft tretenden Bekanntmachung der Kontraktstelle für freigegebenes Leder die Schuhhöhe von Herren (in der Mitte an der Seite bis zum Absatz gemessen) in der mittleren Größe für Herren 18 Zentimeter, für Damen 16 Zentimeter, für Mädchen und Kinder höchstens 12 Zentimeter nicht überschreiten. Die übrigen Größen sind entsprechend abzuheften. Höchstens zwei Drittel der Erzeugung in Deutschland darf aus ausländischen Beständen aus wirtschaftlichen Gründen in die Verarbeitung von ausgetauschten Schäften gehandelt.

Vermischtes.

Die Tagebücher König Ludwigs I. von Bayern. Kürzlich ging durch die Tagespresse die Mitteilung, daß die bisher eingeleiteten Tagebücher König Ludwigs I. von Bayern nunmehr, weil seit seinem Tode 50 Jahre vergangen, geöffnet und veröffentlicht werden sollten. Tatsache ist nur, daß der Teil des Nachlasses, der nach Bestimmung des Testaments erst 50 Jahre nach dem Tode des Königs eröffnet werden darf, Ende Februar 1918 eröffnet werden kann. Ob er wirklich eröffnet wird, darüber ist noch keine Bestimmung getroffen, und ebensowenig weiß man mit Sicherheit, ob der im königlich bayerischen geheimen Hausarchiv ruhende Nachlaß überhaupt Tagebücher enthält.

Keine Geförderung von Wintersportgeräten. Zur Einschränkung des Gepäcksverkehrs auf den Eisenbahnen soll demnach auch die Mitnahme von Wintersportgeräten in die Eisenbahnwagen verboten werden. Es handelt sich hierbei um die Mitnahme von Schneeschuhen usw., deren Beförderung als Handgepäck bisher bedingungslos erlaubt war. Auch Schlitten usw., die bisher auch als Expressgut oder als Reisegepäck bei den Gepäckbeförderungstellen aufgegeben werden konnten, werden von der Annahme ausgeschlossen werden.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Ortmann.

Nachdruck verboten.

1. Kapitel.

Bernhard Rühlmann zündete sich eine von den schweren Savanna-Zigarren an, die er, allen ärztlichen Verböten zum Trotz, den ganzen Tag hindurch zu rauchen pflegte. Dann griff er nach der Mappe mit den für die Abendpost bestimmten Briefen, die einer seiner Buchhalter zur Unterstützung neben ihm auf den Schreibtisch gelegt hatte. Mit raschem und doch scharfem Blick, dem kein fehlendes J-Punkt und kein überflüssiges Komma entging, überflog er die einzelnen Blätter und setzte mit energischem Federzug seinen Namen unter jedes von ihnen.

Plump und markig, wie diese Unterschrift aussah, wirkte auch die vierstellige, sternartige Gestalt des etwa fünfzigjährigen Bankiers. Der kurze, dicke Hals verschwand beinahe ganz in dem weißen Hemdkragen. Sein bis auf einen schmalen, schon ergrauten Bartstreifen an den Wangen glattrasiertes Gesicht, dessen lebhaftes Rot eine ausgeprägte Vorliebe für die Feinden der Tafel vermuten ließ, erschien mit seinen scharfen, bestimmten Zügen, seinem massiven Kinn und seinen klaren, ernst blickenden Augen als der rechte Typus einer charakteristischen Kaufmanns-Personalität. Und man brauchte nicht eben ein Menschenkenner zu sein, um von Bernhard Rühlmanns äußerer Erscheinung schon auf den ersten Blick den Eindruck zu empfangen, daß sie die eines nüchternen, praktischen, zielbewussten Mannes sei.

Wohl ein halbes Dutzend der zahlreichen Briefe schon hatte er der Mappe entnommen, als es plötzlich wie ein Ausbruch leichten Erstaunens sein Antlitz überflog. Denn mit einem neuen Griff hatte er da einen Gegenstand zur Lage gefördert, dessen Anwesenheit in einem für geschäftliche Korrespondenzen bestimmten Umschlage ihn wohl einigermaßen befremden durfte.

Es war ein zierlicher, schmaler Briefumschlag, der nicht nur die zarte Farbe des blauen Papiers hatte, sondern auch den feinen Duft dieser Frühlingsblüte ausströmte — Besonderheiten, welche den Geschäftspapieren des Bankhauses Bernhard Rühlmanns sonst durchaus nicht eigentümlich waren. Die gepreßte Siegelmarke, die dazu bestimmt war, den Verschluss der Klappe zu bilden, zeigte vielliegend zwei von einem goldenen Pfeil durchbohrte, blutrote Herzen. Die Vorderseite aber trug in einer etwas kläglich und unregelmäßigen Handschrift die Adresse:

Herrn Winter Wolfstadt.

Und darunter: „Durch Güte zu bestellen.“

Bernhard Rühlmann drehte das Billett ein paar mal zwischen den Fingern, und als er wahrnahm, daß die Siegelmarke ihrem Zweck nur sehr unvollkommen genüge, so daß sich der Brief ohne jede Gewaltanwendung oder Vertiefung öffnen ließ, beging er ohne viele Bedenken die Indiskretion, die Klappe aufzulegen und das zusammengefaltete Blättchen aus dem Umschlage zu ziehen.

Die Schriftzüge waren hier noch launhafter und flüchtiger als auf der Adresse. Man sah es ihnen an, daß die Briefschreiberin nicht gewöhnt war, eine sonderliche Sorgfalt auf ihre Korrespondenzen zu verwenden. In seinen Augen lag, die Endbuchstaben der Worte

meist nur angedeutet, und nicht ein einziges U-Büchlein land an der richtigen Stelle.

Bernhard Rühlmann runzelte die Stirn und las:

Teuerster Freund!

Witten in der Nacht noch sehr ich mich nieder, um Ihnen zu schreiben. Es ist der unwiderstehliche Drang des Herzens, der mich dazu nötigt. Denn ich bin entzückt und begeistert. Dies neue Lied, das Sie mir gestern abend übergeben haben, ist ja noch hundertmal reizender wie die beiden, mit denen ich einen so großen Erfolg erzielt habe. Ich bin gewiß, daß es das Publikum hinreißt, besonders, wenn Sie mit ein wenig beifällig sein wollen, es einzustudieren Sie sind ein gottbegnadeter Künstler, mein Freund, ein wirkliches Genie! Und ich bin stolz darauf, daß Sie mich in der Widmung, die ich erst beim Nachhausekommen gelesen habe, Ihre Musik nennen. Ach, wenn ich es doch wirklich sein dürfte! — Es wäre das höchste Glück, das ich mir zu erträumen vermöchte. Aber darf ich es denn hoffen? Sind Sie nicht mit starken Banden gefesselt? Und wird das Bewußtsein Ihres wahren, Ihres göttlichen Berufes Ihnen Kraft verleihen, sich aus der Enge der Verhältnisse, die Sie jetzt gefangen halten, emporzuschwingen in jene höheren Sphären, in denen man nichts mehr weiß von irdischer Beschränktheit und engstirnigen Vorurteilen?

Fortsetzung folgt.

Deutscher Seeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 12. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsaktivität blieb auf Artillerie- und Turminnenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Wien, 12. Jan. Der amtliche Seeresbericht meldet nichts Neues.

Wieder sechs Dampfer versenkt.

Amstich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz fielen unseren U-Booten sechs Dampfer zum Opfer, von denen die Mehrzahl dicht unter der englischen Küste ungesichert der besonders starken Bewachung versenkt wurde. Zwei Dampfer wurden aus demselben Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der letzte deutsche Luftangriff auf London.

Wie aus London gemeldet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf London am 8. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 19 Brände ausgebrochen. Über 30 Gebäude wurden hierdurch vernichtet. Der Polizeibericht verzeichnet 44 Tote und 102 Verwundete. Ein englisches Mornerflugzeug ist bei der Verfolgung der Flieger westlich von Margate abgestürzt.

Kleine Kriegspost.

Basel, 12. Jan. Wie verlautet, wird die italienische Regierung mit einer neuen Erklärung der Kriegsziele vor das Parlament treten.

Berlin, 12. Jan. Ende Januar wird in Paris eine Sitzung des Obersten Kriegsrates stattfinden.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Bildung von Sonderkommissionen.

Brest-Litowsk, 12. Januar.

Im Sinne des in der gestrigen Vollversammlung gefassten Beschlusses traten Abordnungen der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Russlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden solle, und daß zugleich mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Sachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattfinden sollten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erwähnte Kommission am 11. Januar vormittags 10 Uhr ihre Beratungen beginnen sollte.

Denin über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung des „Dielo Naroda“ erklärte Denin auf eine Anfrage des Verbandes der russischen Seelente, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, daß Russland die Handelsbeziehungen nach Friedensschluß in der Form, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufnehmen werde. Weder der Handelsvertrag von 1904, noch der Vertrag mit der sogenannten „Reisbegünstigungsklausel“ werde den Rahmen für den neuen Handelsverkehr Russlands bilden. Russlands künftiger Handelsverkehr werde sich einzig auf sozialistischen Grundbegründen aufbauen. Eine besondere Kommission arbeite bereits an der Ausfertigung der gesetzlichen Grundlagen für diesen, auf sozialistischen Theorien basierenden Handelsverkehr. Der Rat der Volkskommissare verspreche sich von der konsequenten Durchführung der sozialistischen Grundbegriffe im internationalen Handelsverkehr Russlands eine entsprechende Waffe im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

Vom Tage.

Amerikas doppelte Neutralität.

Wie die Vereinigten Staaten ihre Neutralitätspflichten gegen Deutschland aufheben, zeigt das Urteil eines New Yorker Gerichts. Der Angeklagte Büng und drei andere Beamte der Hamburg-Amerika-Linie wurden zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt wegen Vergehens gegen das Bollgesetz, weil sie Vorkehrungen an deutsche Kreuzer lieferten. Die Anklage ist von der Regierung Wilson zu einer Zeit erhoben worden, als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, zu einer Zeit als Wilson erklärte, er würde die Lieferung von Lebensmitteln und Munition an die Mittelmächte ebenso gestatten, wenn sie möglich wäre, wie an die Verbandsmächte.

Die überflüssige Wilson-Diplomatie.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen haben eine bedenkliche Supplung erfahren, da die japanische Regierung gegen die Intrigen der in Japan ansässigen amerikanischen Staatsangehörigen auf das entschiedenste vorgeht. In Tokio, Yokohama sind 37 amerikanische Konsuln und Seilungsberichterstatter verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte mit der Begründung, daß die Verhafteten einer Organisation angehören, die systematisch zwischen Japan und Japan Unfrieden zu stiften trachte und gleichzeitig falsche Berichte über Japan in die Auslandspresse lanciere. — In Japan hat man auscheinend das Schema Doppelagent Wilson durchschaut.

Frankreich gibt Russland nicht auf.

In der französischen Kammer fand die Interpellation wegen der Verweigerung von Waffen nach Petersburg für die Sozialisten zur Debatte. Minister des Innern Viviani erklärte dabei, die Regierung sei nicht grundsätzlich gegen eine Versorgung französischer Sozialisten mit russischen Waffengegenständen; denn Frankreich habe Russland noch immer nicht aufgegeben, aber wohl sieht die Regierung eine Gefahr in der Verhandlung mit den Maximalisten. Die Verantwortung dafür will die Regierung durch Erteilung von Waffen nicht übernehmen. Von Verhandlungen mit den ungemachten Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Im übrigen stellte sich Viviani hinsichtlich der Kriegsziele auf den Boden der Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons. — Die Kammer sprach darauf mit 397 gegen 145 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.

Churchills Vorschlag nach Amerika.

Gelegentlich eines Frühstückes in London, bei dem der amerikanische Botschafter den Vorsitz führte, ergriff wieder einmal der Munitionsmন্ত্রী Churchill das Wort. Er nahm Bezug auf die Reden Lloyd Georges und Wilsons und hob hervor, es sei nun notwendig, dem Feinde die gemeinsamen Kriegsziele aufzuzeigen. Dazu aber müsse Amerika helfen. Gebt uns, so rief er dem amerikanischen Botschafter zu, Schiffe, Kriegsmaterial, Rohstoffe und — Soldaten. England wird alles hingeben, alle seine Armeen müssen sofort auf vollständige Stärke gebracht werden. Wir werden siegen, wenn wir alle Hilfsquellen benutzen. Sturmwellen sammeln sich, aber England hat volles Vertrauen; aber wir bitten auch, uns jeden Mann eiligt zur Erhaltung der guten Sache zu Hilfe zu schicken, so daß die Soldaten Englands, Frankreichs und Italiens stets frische, abgeklärte und ständig wechselnde Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden. — Wilson hat schon geantwortet: Truppen oder Lebensmittel, beides ist unmöglich!

Das preussische Wahlrecht im Ausschuss.

A. Berlin, 12. Januar.

Der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses setzte heute die Generaldebatte fort. Ein Nationalliberaler erklärte, ein Teil der Nationalliberalen würde für das gleiche Wahlrecht stimmen, wenn das Herrenhaus solche Macht erhält, daß seine Meinung auch dann beachtet wird, wenn sie von der des Abgeordnetenhauses abweicht. Für die Gegenwart sei es richtig, daß der Reichstag die Stimmungen im deutschen Volke besser wiedergebe als das Abgeordnetenhaus, ob das aber auch nach 10 Jahren noch der Fall sein werde, sei angeht, der vom Reichstage eingeschlagenen Bahnen zu bewahren. Die staatsbürgerliche Weisheit und Klugheit im Inland sei durchschnittlich nicht größer geworden. Man sollte vorläufig ein Pluralwahlrecht einführen.

Das sozialdemokratische Ausschussmitglied erklärte, daß für die Entwicklung der Sozialdemokratie die Haltung des Abgeordnetenhauses zur Wahlrechtsvorlage von erheblichem Einflusse sein werde. Bei der letzten Spannung im Volke sollten die Konfessionen sich ihrer Verantwortung für den Fall einer Verschleppung oder gar dafür bewusst sein, wenn sie das gleiche Wahlrecht zu Falle bringen.

Gegen das Pluralwahlrecht.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg wendet sich gegen ein Pluralwahlrecht. Im Frieden, wenn die großen innerpolitischen Fragen ausstehen, werde sich das Volk mit der Wahlreform noch viel eingehender beschäftigen als heute; die Frage werde nicht zur Ruhe kommen. Die Wahlreform ist in feierlicher Form angekündigt worden, nicht nur in einer Thronrede, sondern auch in zwei Votivballaden, die sich direkt an das Volk wenden und worin die Grundlagen der Reform schon ganz bestimmt bezeichnet sind. Wenn auch die Volksovernahme das Recht habe, trotz dieser feierlichen Ankündigung die Vorlage abzulehnen, so müsse sie doch auch die Wirkung abwägen. Eine Ablehnung der Vorlage würde die Volksmassen enttäuschen; werde der Regierungsvorlage in ihren Grundgedanken nicht entsprochen, so werde der Siegeswille der breiten Massen außerordentlich geschwächt. Der Mittelstand und die Minderbemittelten hätten im Kriege am meisten gelitten. Würde man ihnen sagen: „Trotzdem ihr am meisten gelitten habt, habt ihr nicht denselben Wert und nicht dieselben Leistungen aufzuweisen“, so müßte das erschütternd wirken.

Minister des Innern Dr. Drews sagte Ermittlungen zu über die Wirkung der Wahlpflicht in Braunschweig. Ein Nationalliberaler sprach eingehend über die Wirkungen der Einführung des gleichen Wahlrechts in den politischen Landestellen. Die bisherige Votenpolitik sei dann nicht mehr möglich.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beantragte ein konservativer Abgeordneter die Zusammenfassung der Vorlagen zu einem Mantelgesetz.

Weiterberatung Montag.

Neue Finanzmaßnahmen in Russland.

Die Staatschuld für nichtig erklärt.

Aus Kachetien wird uns geschrieben:

In Meldungen, die die Petersburger Telegraphen-Agentur und das Reuters-Bureau in die Welt hinausgehen lassen, wird wieder einmal erklärt, daß der russische Staat insolvent seinen Bankrott anmelde. Einerseits soll die Bezahlung von Kupons und Dividenden scheitern bis auf weiteres verboten sein, andererseits soll die russische Staatschuld, soweit sie sich in ausländischer Hand befindet, völlig, soweit sie sich in russischen Händen befindet, zum größten Teil für ungültig erklärt werden, und schließlich soll der Handel mit Wertpapieren ganz allgemein verboten werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die jetzt am Ruder befindliche Partei in Russland, wenn sie könnte, derartige Pläne gern in die Wirklichkeit umsetzen würde, und es ist auch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Rat der Volkskommissare tatsächlich ähnliche Verordnungen erlassen hat oder noch erläßt, aber man darf nicht vergessen, daß auch für Russland nach Abschluß des Krieges eine Zeit kommen wird, in der sich die Verhältnisse im Lande konsolidieren und in der es vor allem das Kapital des Auslandes brauchen wird. Deshalb ist es durchaus unwahrscheinlich, daß sich derartige Verordnungen tatsächlich und im vollen Umfange in die Wirklichkeit werden überlegen lassen können, ganz abgesehen davon, daß einzelne von ihnen, wie z. B. das Verbot des Wertpapierhandels selbst mit der größten Mühe gar nicht überwacht werden können. Für alle ausländischen Gläubiger des Landes werden ja die Vorgänge der letzten Jahre eine Warnung gewesen sein, die dabindeht, daß man den Besitz an russischen Werten keineswegs als vollwertig ansehen darf. Auf der anderen Seite sind aber auch die neuesten Verordnungen durchaus nicht geeignet, in ernsthaft prüfenden Kreisen den Eindruck zu erwecken, als ob alle Forderungen an und in Russland nun glattweg wertlos wären; man wird sich im Gegenteil zweifellos davor hüten müssen, angesichts derartiger Meldungen, die sich sicher noch oft wiederholen werden, den Kopf zu verlieren. Und was schließlich und vor allem die deutschen Besitzer russischer Werte angeht, da wird, das kann nur immer wieder neu betont werden, das letzte Wort über den Wert unserer Forderungen im Friedensvertrage gesprochen werden. Angesichts der deutlich ausgesprochenen Ansicht der deutschen Unterhändler, die privatrechtlichen Verhältnisse möglichst wieder so herzustellen, wie sie vor dem Kriege waren, ist sicher damit zu rechnen, daß auch für diese Forderungen in irgendeiner Weise vorgesorgt werden wird.

Einvernehmen zwischen Finnland und Petersburg.

Wie aus Stockholm unterrichteten Kreisen berichtet wird, besteht zwischen dem finnischen Senat als vorläufiger Regierung Finnlands und der Petersburger Volksdemokratischen Regierung das beste Einvernehmen, nachdem es in den letzten Tagen gelungen ist, gewisse Mißverständnisse über

die gegenseitigen Absichten auf Einmischung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wegzuräumen.

Wieder eine neue Republik.

Aus Moskau wird gemeldet, daß in diesen Tagen die Verkündigung einer unabhängigen Republik der Donregion erfolgen wird. Bei der Rabinettsbildung wird Kaledin vermutlich den Vorsitz und das Kriegsministerium übernehmen.

Die verrufenen Bundesgenossen.

Die russische Kolonne in Lausanne erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Russen in Frankreich von der Bevölkerung außerordentlich schlecht behandelt und in Verurteilung erklärt werden. Das Leben für sie ist gegenwärtig in Frankreich ein wahres Martyrium. Dazu sind Nachrichten eingelaufen, daß auch neuerdings wieder unter den Mannschaften der russischen Gifttruppen, die in Frankreich isoliert gehalten werden, zahlreiche Erschießungen vorgenommen wurden.

Schreckensherrschaft in Irland.

Die „Niger lettische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Zuständen aus dem irischen Gebiet hinter der russischen Front befaßt. Der Artikel spricht die schlimmsten Befürchtungen aus und schließt: Was kann der Einwohner an einer Selbstbestimmung für Interesse haben, wenn er ausgeraubt, zum Bettler gemacht oder gar abgeschlachtet wird. Hauptbedacht er der Sicherheit für Leben, Leib und Eigentum. Wofür ist denen, die die Macht haben, eigentlich das Schreck gegeben? Soll man warten, bis die keltischen Völkchen zur Fülle gemacht sind, die sich in der Gewalt von Deserteuren und entlaufenen Sträflingen befinden? Wir haben deshalb nur einen Rat, eine Bitte: Unersäglich strenge Schritte der Armee zum Schutz gegen Gewalttät!

Bilder aus der Zeit.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle, der eifrigste Förderer unserer U-Bootwaffe hat den Orden Pour le mérite erhalten. Admiral v. Capelle stammt aus Celle in Hannover und trat 1872 im Alter von 17 Jahren in die Marine ein.



v. Capelle.

Sein verwaltungstechnisches Talent lenkte schon früh die Aufmerksamkeit auf ihn und so sehen wir ihn im Jahre 1904 als Direktor des Verwaltungs-Departements im Reichsmarineamt.

In dieser Stelle erwarb er sich um die Ausarbeitung der Flottenverträge besondere Verdienste. Seit 1914 bekleidete er den neuerrichteten Posten eines Unterstaatssekretärs, bis er die Nachfolge des Großadmirals v. Tirpitz im Jahre 1916 antrat.

Der verstorbenen früheren langjährige Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Jordan v. Kroecher war einer der bekanntesten Parlamentarier. Gerade als Leiter der Verhandlungen der zweiten preussischen Kammer war er eine in ihrer Art klassische Erscheinung. Trotz seiner streng konservativen Gesinnung, die ihn zum unerbittlichen Gegner aller anderen politischen Anschauungen machte, kamen unter seiner Hand mit unanfechtbarer Ruhe und Unbefangtheit geführten Leitung alle Parteien auf der Rednertribüne zu ihrem Recht. Und wenn es im Raume je einmal lauter und bewegter wurde, wenn die Geister aufeinanderprallten, so fehlte ihm nie eine kurze, ganz ihm ist und seinem goldenen Humor eigene Wendung zur Beilegung aller Unlieblichkeiten. So entspricht denn auch die Verfügung, daß sein Begräbnis in aller Stille und ohne Abordnung vor sich gehe, durchaus der Eigenart dieses seltenen Mannes. Präsidium und Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses können sich deshalb nicht an dem Begräbnis beteiligen.



v. Kroecher.

unter seiner Hand mit unanfechtbarer Ruhe und Unbefangtheit geführten Leitung alle Parteien auf der Rednertribüne zu ihrem Recht. Und wenn es im Raume je einmal lauter und bewegter wurde, wenn die Geister aufeinanderprallten, so fehlte ihm nie eine kurze, ganz ihm ist und seinem goldenen Humor eigene Wendung zur Beilegung aller Unlieblichkeiten. So entspricht denn auch die Verfügung, daß sein Begräbnis in aller Stille und ohne Abordnung vor sich gehe, durchaus der Eigenart dieses seltenen Mannes. Präsidium und Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses können sich deshalb nicht an dem Begräbnis beteiligen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das Gerücht von einem Putsch im preussischen Herrenhause ist in parlamentarischen Kreisen verbreitet. Danach soll dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Berufung einiger Herren in die erste preussische Kammer vorgeschlagen werden, die für das Reichstagswahlrecht in Preußen stimmen würden. Dabei werden der Präsident des Reichstags Dr. Kaempf, der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, der nationalliberale Abgeordnete Fritsch u. a. genannt. — Man wird gut tun, eine amtliche Bestätigung dieses Gerüchtes abzuwarten.

+ Aber die Zukunft Deutschlands führte der konservative Reichstagsabgeordnete Graf v. Westarp in einer Versammlung in Hamburg u. a. aus, daß das Urteil Hindenburgs und Ludendorffs maßgebend sein muß für diejenige Forderungen, die bei den Friedensverhandlungen im Interesse der deutschen Sicherheit zu stellen sind. Kein persönlicher Akt auf der Seite der politischen Reichstagsmitglieder würde zu groß sein, um diesen Männern die wertvolle Führung der deutschen Waffens in dem festen Vertrauen

ermöglichen, daß die unter ihrer Bettung durch unser herrliches Meer erfochtenen Siege auch politisch voll ausgenutzt werden. Das Vertrauen des deutschen Volkes zu seinem Hindenburg und seinem Ludendorff ist unbegrenzt und gehört zu den durch nichts erschütterbaren Grundlagen seines Siegeswillens und seiner Siegeszuversicht. Nach der Rede wurden von der Versammlung Telegramme in diesem Sinne an den Kaiser, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Reichskanzler geschickt.

Schweiz.

Der Zwang der Schweizer zum Heeresdienste in der amerikanischen Armee soll nicht zur Anwendung kommen. Wie in Bern amtlich bekanntgemacht wird, ergab die Schweizer Botschaft in Washington ein dahin gehendes Abkommen. Schweizer und andere Bürger neutral Länder sollen nicht zum Heeresdienste verpflichtet werden, wenn sie durch ihre diplomatische Vertretung Einspruch erheben.

Norwegen.

Die Einschränkungsmaßnahmen sind jetzt in ganz Norwegen durchgeführt. In den nächsten Tagen tritt die Brotmarkte in Kraft; die Rationierung anderer Lebensmittel und Verbrauchsmittel wird folgen. In Südnorwegen nimmt der Mangel an Futtermitteln so großen Umfang an, daß man an die Übernahme aller Heulager durch den Staat denkt. In der Beleuchtung sollen große Einschränkungen eingeführt werden: u. a. sollen die Küstenfeuer erheblich perminiert werden, wahrscheinlich auf ein Drittel der jetzigen Zahl.

Belgien.

Die Friedensstimmung im besetzten Belgien ist in hohem Maße begriffen. So wurde auf einer Versammlung des Bundesausschusses der belgischen Arbeiterpartei des Bezirks Antwerpen ein Beschluß gefaßt, der sich zugunsten der Vorschläge der russischen Sowjets und des holländisch-kanadischen Komitees über die Friedensvorschläge ausspricht. Der Bundesausschuß spricht den Wunsch aus, daß auch die belgische Arbeiterpartei eine Abordnung für eine eventuelle Friedenskonferenz ernennen solle, die ihre Teilnahme an der Konferenz von der endgültigen Beteiligung der Arbeiter der Verbandsländer abhängig machen sollte.

Holland.

Der holländisch-amerikanische Frachtraumstreit ist in ein neues Stadium geraten. In einer im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten abgehaltenen Versammlung, zu der auch alle Reder, deren Schiffe in Amerika festgehalten werden, eingeladen waren, wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung folgende Bedingungen gestellt hat: Ein Teil der niederländischen Schiffe soll für die belgische Hilfskommission fahren, ein zweiter Teil soll für die amerikanische Küstenschiffahrt verwendet werden. Falls diesen Bedingungen zugestimmt wird, würden einige niederländische Fahrzeuge die Erlaubnis erhalten, Benzin, Petroleum, Getreide, Viehfutter nach Holland zu verschiften. Die Unterhandlungen werden in London fortgesetzt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Jan. Reichskanzler Graf Hertling wird am Mittwoch im Hauptsaal des Reichstages sich mit den letzten Reden Lloyd Georges und Wilson auseinandersetzen.

Berlin, 12. Jan. Die Finanzminister der Einzelstaaten waren heute Abend Gäste des Reichschloßfestes.

Berlin, 12. Jan. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind heute vormittag in Berlin eingetroffen.

Bamberg, 12. Jan. Bei der Reichstagswahl im Kreise Bamberg-Ramens erzielte Dr. Hermann (Kons.) 6957 Stimmen (Vorjahr 862). Die Sozialdemokraten und die Konservativen erhielten 6418 Stimmen.

Wilna, 12. Jan. In der Versammlung des litauischen Landestages wurden die den Wiederaufbau des Landes betreffenden Angelegenheiten in Anwesenheit des Verwaltungschefs von Ober-Ost, Unterstaatssekretär von Falkenhäusen, besprochen.

Amsterdam, 12. Jan. Nach Berichten amerikanischer Blätter haben an der Grenze von Texas wieder Kämpfe stattgefunden. Die amerikanischen Grenzschutztruppen sollen verstärkt werden.

Bern, 12. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, werden die Militärverbände nicht aufgelöst. Über ganz Spanien soll der Belagerungszustand verhängt werden.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

12. Januar. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz Artillerie- und Bombardementkämpfe.

Nah und Fern.

Schneesturmwirkungen. Aus Königsberg i. Pr. wird berichtet: Auf einen im Schneesturm in einer Schneeschauke bei Königsberg stehenden Personenzug der Ostpreußen wurde durch den Sturm das Dach eines großen Biegeleisenbahnwagens geschleudert. Die Wände eines Personenzuges wurde durch die schwere Last eingebrückt und von den Fahrgästen erlitten drei Frauen schwere Verletzungen. Bei den Rettungsarbeiten wurde der Zugführer schwer verwundet.

Reine Feldpostbriefe nach Oesef, Moon, Dago. Wenn der demnächst zu erwartenden Einstellung der Feldpost nach den holländischen Inseln können nichtamtliche Feldpostbriefe im Gewicht von mehr als 50 Gramm (Posten) an die Angehörigen der Besatzungen der Inseln Oesef, Moon und Dago, insbesondere solche mit der Bezeichnung Deutsche Feldpost 208, 335, 336 und 686 bis auf weiteres nicht mehr befördert werden. Aufgelesene Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

Die Mobilisierung der Krieger in Bayern. Wie die „Bayerische Staatszeitung“ mitteilt, ist die Gründung einer ganz Bayern umfassenden Gesellschaft zur Beschaffung und Vermittlung preiswerten und geeigneten Hausrates für bedürftige heimkehrende Krieger gesichert und bevorstehend. Das Kapital der Gesellschaft, an der sich der Staat, die Gemeinden, Arbeiterorganisationen usw. beteiligen, soll zwei Millionen Mark betragen.

Wieder eine Minenexplosion an der englischen Küste. Weiter meldet, daß sich in Rosebearty an der Küste von Aberdeen ein erstes Unglück ereignete. Während eines heftigen Sturmes wurde eine Mine gegen den Hafenbau gemorfen und explodierte. Fünf Personen wurden getötet, zwei erlitten später ihren Wunden. Sehn

Ein Elefant überfahren. In Chemnitz kamen dieses Tage zu Arbeitszwecken einige Elefanten der Dogenbedienerei nach Chemnitz. Beim Ausladen wurde einer der großen Elefanten überfahren und so schwer verletzt, daß er getötet werden mußte.

Der Schreckensweg der Pest. Der Berichterstatter der „Daily News“ in Nord-China berichtet, daß die Pest innerhalb der ersten sechs Wochen 300 Meilen fortgeschritten sei und bereits Tsingtau und die Eisenbahn von Peking nach Hankau erreicht habe. Der Berichterstatter erklärt, daß der Gouverneur von Sutschan sich weigere, Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen.

Schwerer Eisenbahnunfall in Italien. Auf der Linie Turin-Modane hat sich ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet, durch den der Zugverkehr mit Frankreich für mehrere Tage unterbrochen wurde. Es handelt sich um einen Verkehr im Tunnel von Meana. Man vermutet ein Attentat.

Deutschland.

Druck und Kollisionsgefahr. Die Deutsche Eisenbahnverwaltung hat sich für die Einführung von neuen Vorschriften für die Kollisionsgefahr ausgesprochen.

Pour le mérite.

Berlin, 12. Jan. Der Kaiser hat dem württembergischen Generalleutnant Freiherrn von Winter, dem sächsischen Obersten Freiherrn von Olfershausen, dem bayerischen Major Broge und dem bayerischen Oberleutnant der Reserve Schleich den Orden pour le mérite verliehen.

Die deutsche Flotte in der Ostsee.

Berlin, 12. Jan. Zwischen der Vereinigung der Schiffsleute und der heute hier tagte, und dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes Dr. Solf hat ein Telegrammwechsel stattgefunden. Der Staatssekretär gab in seiner Drabingung die Hoffnung aus, daß über unsere Ostseeflotte bald wieder die deutsche Flagge wehen werde.

Ein 17-jähriger Mörder.

Berlin, 12. Jan. Der 17-jährige „Reisende“ Erwin Krüger, der am 12. Mai 1917 die 73-jährige Schreibmaschinenfabrikantin in Berlin ermordet hat, wurde heute von der Strafkammer zu 6 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war in vollem Umfange schuldig.

Keine Verfassungsgebende Versammlung.

Kopenhagen, 12. Jan. Diese Blätter berichten, daß die dänische Regierung beschlossen habe, keine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Der Generalkongress der Sowjets, der am 21. Januar zusammentritt, soll als National-Kongress tagen.

Russisches Nationaleigentum.

Petersburg, 12. Jan. Die Volkswirtschaftler haben ein Dekret erlassen, das alle Einrichtungen des Verbandes der russischen Semstwo zum Eigentum der Russischen Republik erklärt.

Neue russische Steuerquellen.

Sankt Petersburg, 12. Jan. Der Reichstag hat beschlossen, die maximalistische Gemeinderäte hat beschlossen, alle Privatwagen mit einer Steuer von 500 Rubeln und alle Pferde mit je 100 Rubeln jährlich zu besteuern. Für Automobile wurde eine Steuer von 150 Rubeln der Biersteuer eingeführt. Steuerhöhen werden mit 1000 Rubeln jährlich, öffentliche Auktionen mit 20% besteuert.

Kaisers Vollmacht für Groß-Russland.

Russische Grenze, 12. Jan. „Dien“ meldet, daß Naledin der ukrainischen Unterhändler in Groß-Russland Vollmacht zur Vertretung der holländischen Militärregierung gegeben habe. Die Vollmächte hätten sich durchweg für Beendigung des Krieges ausgesprochen.

Betrügereien gegen die russische Staatsbank.

Amsterdam, 12. Jan. Der „Times“ wird aus Petersburg mitgeteilt, daß die russische Staatsbank bei der letzten Abrechnung durch gefälschte Zahlungsaufweisungen um reichshundert Millionen betrogen worden sei. Auf eine dieser Zahlungsaufweisungen wurden beispielsweise 3 Millionen Rubel ausbezahlt.

Großrussischer Armeekongress.

Sankt Petersburg, 12. Jan. Der Kongress der Abgeordneten von Armee und Flotte und aller Arbeiter- und Soldatenorganisationen wird, nach einer Meldung der „Deutschen Kriegs-Zeitung“, die konstituierende Versammlung unterhalten. Mehr als 6000 Delegierte werden auf dem Kongress als Vertreter der Semstwo erwartet.

Englands Arbeiter an die Petersburger Regierung.

Stockholm, 12. Jan. Nach der „Bramba“ hat die englische Arbeiterpartei an die Petersburger Regierung das Ersuchen gerichtet, sie trotz der ablehnenden Haltung Englands über den Fortgang der Unterhandlungen in Groß-Russland und über die Bedingungen der Mittelmächte auf dem laufenden zu erhalten.

Drohung mit dem Generalkrieg.

Stockholm, 12. Jan. Nach Londoner Meldungen haben die englischen Munitionsfabrikanten bei der Regierung gegen die Erweiterung der Dienstpflicht Widerspruch erhoben. Sie drohen für den Fall, daß ihren Wünschen nicht stattgegeben wird, mit dem Generalkrieg.

Renovierung in der englischen Admiralität.

London, 12. Jan. Die angeforderte Renovierung der englischen Admiralität ist durchgeführt. Die neuen Vizeadmirale sind: Konteradmiral Eldon, Freemantle, Konteradmiral George Hope und Arthur Beale, bisher Direktor der Nordsee-Flotte. Konteradmiral Henry Oliver und Kapitän Vaine treten zurück.

Kontrollen soll Minister werden.

Sankt Petersburg, 12. Jan. Aus London wird das Gerücht bekannt, daß Lord George Lord Northcliffe in das Kriegsministerium einberufen werde. Lord Northcliffe ist Verleger der „Times“ und anderer bedeutender Blätter in England. Lord George liebt ihn nicht, aber er fürchtet ihn.

Frankösischer Protest.

Kopenhagen, 12. Jan. Die französische Regierung hat in Petersburg gegen die Beschlagnahme der russischen Zinsscheine des „Credit Foncier“ scharfen Protest erhoben.

Aus dem angeblich ruhigen Lissabon.

Lissabon, 12. Jan. Die Behörden in Lissabon nahmen Untersuchungen in einigen Stadtvierteln vor, wobei Gewehre und Sprengstoffe beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen wurden. Die demokratischen Klubs wurden geschlossen.

Vorsicht gegenüber Carranza.

Genf, 12. Jan. Der Pariser „Temps“ erklärt: Die Vereinigten Staaten konzentrieren Truppen nicht der Carranza Regierung.

Frauenstimmrecht in Amerika.

Washington, 12. Jan. Das Repräsentantenhaus hat die Befehlsvorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts mit 172 gegen 186 Stimmen angenommen.

Totales und Provinziales.

Werkblatt für den 15. Januar.

Sonnenaufgang 8⁵⁷ | Mondaufgang 9⁰⁴ N.
Sonnenuntergang 4¹² | Monduntergang 8⁰⁴ N.
1871 Die französische Marine unter Bourdais wird durch die Schlacht an der Skaine zurückgeworfen. — 1909 Ernst v. Hilfenbruch gest. — 1916 Zusammenbruch der russischen Offensiv bei Tovarous an der beherabstehenden Front unter Verlust von 70 000 Mann. — Erste Fahrt des Ballons von Berlin nach Konstantinopel.

Umrechnungsverhältnis von Getreide und Malz. Zur Ausführung der Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel vom 20. November 1917 sind Anordnungen der Reichsgetreidebestelle vom 13. Dezember 1917 ergangen. Das Umrechnungsverhältnis von Gerste und Weizen zu Malz ist dadurch, wie in den beiden vergangenen Wirtschaftsjahren, auf 100 Teile Getreide (Gerste oder Weizen) = 75 Teile Malz festgelegt worden. Die von der Reichsgetreidebestelle außerdem angeordnete Bestandsaufnahme der am 31. Dezember 1917 bei den Brauereien vorhandenen gemälten Vorräte an Malz und Getreide soll ein Bild über die gesamten Malz- und Getreidebestände der Brauindustrie geben und zur Überwachung der Brauereien dienen.

Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr. Aber die geplanten Einschränkungen werden noch folgendes mitgeteilt: Von der Einführung der sog. „Urlaubscheine“ für Reisen glaubt die Eisenbahnverwaltung noch wie vor absehen zu sollen. Dafür hat man sich entschlossen, den gesamten Reiseverkehr vom 1. d. M. ab um etwa 25 000 Zugkilometer täglich zu verringern, was etwa eine Verminderung der fahrenden Bäume um 5% entspricht. Da man aber annimmt, daß auch diese Beschränkung noch nicht den Anforderungen, die die Landesverteidigung und die Versorgung der Bevölkerung an die Eisenbahnverwaltung stellt, gerecht werde, so wird man, die endgültige Zustimmung der Heeresverwaltung vorausgesetzt, auch zu einer Aufhebung der Urlaubsfahrten auf die Dauer von etwa 14 Tagen in der letzten Hälfte des Monats Januar schreiten müssen. Man verkennt auf der einen Seite nicht das Bedauerliche dieser notwendigen Maßnahme; gerade sie aber verpflichtet für das Wohl der Bevölkerung einen Erfolg, da die Zugbenutzung durch die Urlauber jetzt etwa 70% des gesamten Reiseverkehrs ausmacht. Durch diese, wie gesagt, nur vorübergehende Maßregel wird eine ganz wesentliche Verminderung der Personen- und Schnellzüge erreicht werden.

Dunkle Pfade nennt sich mit Recht unser neuer Roman aus der Feder des Ullrichs des Erzählungsstark Reinhold Ortmann. Aus dem Dunkel gleicht indisch und heimlich das Schicksal, das Kugeln und Ketzereien über das Haupt seiner Helden heraufbeschworen hat. Ein doppeldeutiger dunkler Pfad tut sich auf, in dem sein Leben in tiefe Abgründe zu versinken droht. Aber im Dunkel leuchtet ein Stern: seine vertraute, hingebende Liebe. Sie läßt die Kugeln, sie bringt Licht in das Dunkel und macht die Kugeln der Kugeln zu schanden. In ständig wachsender Spannung verfolgt der Leser den Gang der Ereignisse bis zum Ende des dunklen Pfades.

Der Vaterländische Frauenverein läßt alle die Mitglieder, welche noch Kampfe in Arbeit haben, bitten, diese baldigst fertig an die Vorstände abzuliefern, da der Kreisverein auf Ablieferung der Kampfe an die Heeresverwaltung drängt.

Salz gibt heute zentnerweise am Staatsbahnhof nach untengehender Befehlsmannschaft. Hiermit wird zur Vermeidung der Salzmenge wohl bedacht sein.

Die Handelskammer in Hamburg macht Firmen unserer Region, welche die Ausfuhr nach Rumänien wieder aufnehmen wollen, auf Wunsch dienestützige Mitteilungen.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Mildere Witterung, Niederschläge sind zu erwarten.

Hauschlachtungen.

Auf Ersuchen des Kriegsversorgungsamts und Anweisung des Staatskommissars hat das Landesversorgungsamt angeordnet, daß Hauschlachtungen spätestens bis 31. Januar vorgenommen sein müssen, sofern nicht ganz besondere Umstände, wie Salzangel, Ausnahmen rechtfertigen. Wie ermächtigt die Leiter der Kommunalverbände zur Genehmigung der Ausstellung solcher Ausnahmen, die aber nur in wirklichen Notfällen zu gewähren sind. Vorgelegte Hauschlachtungsanträge müssen wir nachmals schnell zu genehmigen.

Bezugsstellen.

Wird veröffentlicht.

Kritik auf Schlachtereiland sind nunmehr umgehend zu stellen.

Der Bürgermeister.

Salzausgabe

zentnerweise am Staatsbahnhof heute von 2-4 Uhr. Nummernausgabe und Bezahlung vorher im Lebensmittelbüro. Preis pro Zentner 11,50 M. Der Bürgermeister

Salzgurken

empfehlte Jean Engel.

Bekanntmachung

Am 15. 1. 18 ist eine Bekanntmachung Nr. 1. 15330 v. P. G. betr. „Beschlagnahme und Verhaftung von gebrauchten und anderen künstlichen Munitionseinheiten, das Jagen aller Art und Dringenderen aus Ton“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellb. Generalkommando 18. Armeevors.

Toilette - Seife

empfehlte Jean Engel.

Befanntmachungen der städtischen Behörden.

Ausgaben

auf dem zur Marksburg führenden Fahrweg ist, soweit er der Stadt gehört, gestattet. Der Anfang ist oben durch zwei seitwärts eingeschlagnene Pfähle kenntlich gemacht. Das Befahren sämtlicher zur Burg führenden Fußwege mit Schlitten ist untersagt. Die Polizei-Verwaltung.

Die Stadt hat einen durchaus brauchbaren
Zugochsen
da überflüssig, sofort zu verkaufen.

Der Magistrat.

Gefunden

vor Weihnachten in Coblenz in dem Geschäft Gebr. Bernd, Baldwinstraße 41 Geldstücke mit größerem Betrag und anderem Inhalt, aus dem hervorgeht, daß der Besitzer ein Braubacher ist. Ansprüche sind bis zum 17. d. M. in Simmer 4 geltend zu machen.

Die Pol.-Verwaltung.

Öffentliche Aufforderung

Alle diejenigen Einwohner, welche die Kartoffeln usw. beim Empfang nicht bezahlt konnten, werden hierdurch aufgefordert, am 1. und 16. jeden Monats mindestens 10 Mark im Lebensmittelbüro abzugeben.

Der Bürgermeister.

Infolge der beispiellosen Verteuerung der Löhne und aller Betriebsstoffe sind die Strompreise ab 1. d. M. wie folgt erhöht:

für Lichtstrom	50 Pfg. R. W. Stb.
" Kraftstrom	25 " " "
" Koch- und Heizstrom	16 " " "
" Straßenbeleuchtung	88 " " "

Darin ist die zur Zeit gültige Kohlensteuer, sowie die Wasserkraftsteuer eingeschlossen.
Braubach, 12. Januar 1918. Der Magistrat.

Besitzsteuer.

Das am 10. Januar 1918 fällig gewesene zweite Gehalt ist umgehend einzuzahlen.

Die Stadtkasse.

Diejenigen Personen, welche noch mit der Zahlung der Platz- und Weinkener rückständig sind, werden aufgefordert, dieselben innerhalb 8 Tagen zur Vermeidung der kostenpflichtigen Zwangsverhaftung auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8 zu entrichten.

Der Bürgermeister.

Die zu Offern schulpflichtig werdenden auswärts geborenen Kinder (das sind alle Kinder, die in der Zeit vom 1. 10. 11-30. d. 12 geboren) sind bis 20. d. M. auf dem Bürgermeisterei, Zimmer 8 anzumelden.

Der Bürgermeister.

Gute Auswahl in

Kinder - Pelz- Garnituren

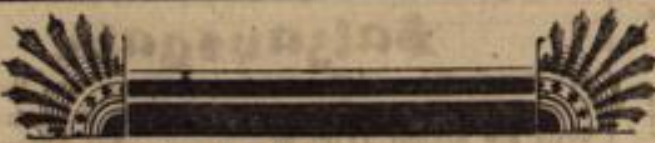
in weiß, schwarz und grau

Rud. Neuhaus.

Packpapier

empfehlen

A. Lemb.



Wir erhalten ein Bild

Bunte - Ware in schwarz

welches wir an
bedürftige Kommunitantinnen und Konfir-
mandinnen billig abgeben wollen.

Geschw. Schumacher.



Küchenlampen, Sturmlaternen, Handlaternen

empfehlen

Julius Rüping.

Sämtliche Neuheiten in

Herren- und Knaben- Mützen

eingetroffen zu vollen Preisen
R. Neuhaus.

Für Schneiderinnen

Hübsche Auswahl
in Spitzen und Ein-
lagen.

Große Auswahl in

Knöpfen Echte Chappseide in jeder Art d. d. Pfg. Geschw. Schumacher.



Lo. Jell,
Schuhcreme
(Wachswasser)

A. A. Heise
" Seifenpulver
Waschpulver
(marfenfrei)

Schmierwasmittel,
Apfelwein

zum Höchstpreis
empfehlen
E. Eschenbrenner
Frieda Eschenbrenner.

Ohrenschützer

beste Ware, per Stück 75 Pfg.
empfehlen
Rud. Neuhaus.

Adlerpuß

bestes Reinigungs-
mittel für Herdplatten
— per Paket 25 Pfg. —
offert
Chr. Wiegardt

Fleischextrakt- Ersatz

Mark: Plantor und Osena
empfehlen
Jean Engel.

Spielkarten

das Pat. 1. — M.
neu eingetroffen.
A. Lemb.

Hand- arbeiten

— schöne preiswerte Sachen —
neu eingetroffen
Rud. Neuhaus.

Handarbeiten

in schönen Zeichnungen bei
Geschw. Schumacher.

Jugendbücher

für Knaben und Mädchen
in jedem Alter
preiswert zu haben in der
Buchhandlung Lemb.

Damenwesten

in reicher Auswahl empfiehlt
Rud. Neuhaus.

Preppapier

in allen Farben
per Rolle 40 Pfg.
neu eingetroffen bei
A. Lemb.

Reiselektüre

in großer Auswahl neu
eingetroffen.

Buchhandlung A. Lemb.

Herrn- Socken

in Wolle und Baumwolle bei
Geschw. Schumacher.

Briefpapier

— neue Sendung —
empfehlen preiswert
Papiergeschäft Lemb.

Pladler

bestes Putzmittel für Herd-
platten
— Paket 30 Pfg. —
offert

Jean Engel.

Herrn- Schlipse

in großer Auswahl bei
Geschw. Schumacher.

Empfehlen für die kalte,
Jahreszeit:

Leibbinden,
Kniwärmer,
Lungenschützer
in großer Auswahl.
R. Neuhaus.

Herren-Kragen und Schlipsen

in großer Auswahl
Geschw. Schumacher.



Ullsteinbücher

sind neu eingetroffen in der
Buchhandlung Lemb.



Damen- Unterwäsche

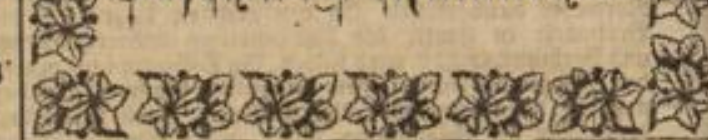
in großer Auswahl
Rudolf Neuhaus.

Kinder - Kleidchen

gute Ware, reiche Auswahl

vorzüglich bei

Geschw. Schumacher.



Stärkin

zum Stärken aller Netze

Jean Engel.

Einkochbüchsen

mit Gummiring

zum Versand ins Feld empfiehlt

Julius Rüping.



Osram-Lampen

in allen Spannungen stets
am Lager bei
Gg. Ph. Oles, Braubach.

Medizinal- Wein

besonders für schwache Nerven
und Erkranken

in halben und vollen Flaschen

empfehlen

Jean Engel, Braubach.

Die Sammelstelle

der mündelreichen

Nassaulschen Sparkasse

in
Braubach, Friedrichstr. 13

bleibt jedermann Gelegenheit, Ersparnisse
sicher und sicher anzulegen;

auch werden Mündelgelder bei ihr angenommen.

Jederzeit können Einzahlungen von 1 Mark an
zu 8 1/2 % Zinsen bei 10 % Verzinsung
gemacht werden.

Die Veranlassung neuer Sparkassenbücher erfolgt
kostenlos.

Rückzahlungen von bestehenden Sparkassen
finden zu jeder Zeit provisorisch statt und zwar
in der Regel ohne Einzahlung der in der Sparkassen-
ordnung vorgesehenen Ablösungsgebühr.

Mündelrechte Schuldverschreibungen der Nassaulschen
Landesbank werden von der Sammelstelle zum Aus-
werte provisorisch verkauft, die neuen Zinscheinebogen
dieser Schuldverschreibungen kostenlos befolgt und alle
Zinscheine der Landesbankschuldscheine,
sowie der Deutschen Reichs- und Staatsanleihen
schon 14 Tage vor dem Verfalltag ohne jeden Abzug
eingelöst.

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs nimmt
die Sammelstelle auch Schecks auf die Landesbank-
Hauptkassen sowie sämtliche Landesbankstellen zur Ein-
lösung bezw. zur Verrechnung entgegen.